

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</i>		VI
<i>Literaturverzeichnis</i>		XVII

1. Abschnitt

Einführung in das Polizei- und Ordnungsrecht

§ 1 Die einzelnen Polizeibegriffe	1	1
I. Die verschiedenen Ansätze zur Bestimmung des Polizeibegriffs	1	1
II. Der Begriff der Polizei im materiellen Sinn	2	1
1. Die geschichtliche Entwicklung des materiellen Polizeibegriffs	2	1
2. Polizei im materiellen Sinn als die der Gefahrenabwehr dienende staatliche Tätigkeit	9	4
a) Die Gefahrenabwehr	9	4
b) Die Gefahrenvorsorge	10	4
c) Keine Einbeziehung der Strafverfolgungsvorsorge	11	5
d) Vermengung der Gefahrenabwehr mit Aufgaben der Wohlfahrtspflege	13	6
III. Der Begriff der Polizei im institutionellen (organisatorischen) Sinn	14	7
IV. Der Begriff der Polizei im formellen Sinn	16	8
§ 2 Das Polizei- und Ordnungsrecht	17	8
I. Der Begriff des Polizei- und Ordnungsrechts	17	8
II. Die Gliederung des Polizei- und Ordnungsrechts	21	9
III. Polizei- und Ordnungsrecht im Bundesstaat	23	9
1. Die Gesetzgebungskompetenz der Länder zur Regelung des Polizei- und Ordnungsrechts	23	9
2. Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes für Teilbereiche des Polizei- und Ordnungsrechts	25	11
3. Die Gesetzgebungskompetenz für die Strafverfolgung und die Strafverfolgungsvorsorge	29	13

2. Abschnitt

**Materielles Polizei- und Ordnungsrecht (Rechtsgrundlagen
und Rechtsgrundsätze des polizeilichen Handelns)**

§ 3 Die Polizeibefugnisse im Rahmen der Gefahrenabwehr	36	16
I. Allgemeines	36	16
II. Die polizei- und ordnungsbehördlichen Generalklauseln	43	21
1. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit	53	24
2. Der Begriff der öffentlichen Ordnung	62	30
3. Der Begriff der Gefahr	69	34
a) Gefahr als hinreichende Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts	69	34
b) Anscheinsgefahr	80	40
c) Scheingefahr	82	42
d) Gefahrenverdacht	83	43
e) Gefahrerforschungseingriff	86	45
4. Der Begriff der Störung	92	50
5. Das Ermessen der Polizei	93	50
a) Das Entschließungsermessen	99	53
b) Das Auswahlermessen	102	55
c) Der Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	103	55
III. Traditionelle Standardmaßnahmen (Einzelmaßnahmen) in allgemeinen Polizei- und Ordnungsgesetzen (Standardmaßnahmen)	110	58
1. Die Identitätsfeststellung und die Prüfung von Berechtigungsscheinen	119	63
2. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	125	66
3. Vorladung	130	69
4. Platzverweisung, Aufenthaltsverbot und Wohnungsverweisung	132	69
5. Ingewahrsamnahme von Personen	141	77
6. Durchsuchung von Personen	147	82
7. Durchsuchung von Sachen	151	84
8. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	152	84
9. Sicherstellung und Beschlagnahme	158	87
10. Verwertung, Einziehung, Vernichtung	165	91
IV. Datenerhebung und Datenverarbeitung	175	96
1. Allgemeines	176	96
2. Die Datenerhebung	179	98
a) Allgemeine Grundsätze	180	99
b) Die Befragung	181	99

c) Erhebung von Daten zur Vorsorge für Hilfeleistung und Handeln im Gefahrenfall	183	101
d) Offene Bild- und Tonaufzeichnungen (Videoaufnahmen)	184	101
3. Besondere Mittel der Datenerhebung	187	103
a) Allgemeines	188	104
b) Der Einsatz von technischen Mitteln zur Überwachung von Wohnungen („Großer Lauschangriff“) sowie Datenerhebung durch Telekommunikationsüberwachung	193	107
c) Der Einsatz Verdeckter Ermittler	198	112
d) Der Einsatz von V-Leuten	200	113
e) Die polizeiliche Beobachtung	203	114
4. Die Datenverarbeitung	205	115
a) Allgemeines zur Speicherung, Veränderung und Nutzung von Daten	206	116
b) Die Zwecke der Datenverarbeitung	207	116
c) Speicherung	210	119
d) Der Datenabgleich	211	120
e) Die Datenübermittlung	214	121
f) Die Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter Daten . . .	215	122
g) Löschung, Berichtigung und Sperrung von Daten . . .	218	125
§ 4 Die polizeirechtlich Verantwortlichen (Störer)	222	128
I. Die Bedeutung des Störerbegriffs und die Arten der Störer	228	130
II. Die polizeipflichtigen Personen	231	132
III. Der Verhaltensstörer	239	136
1. Das Verhalten	239	136
2. Der polizeirechtliche Verursacherbegriff	241	137
a) Die polizeirechtliche Verursachung	241	137
b) Der Zweckveranlasser	244	139
c) Der „latente Störer“	249	143
d) Scheinstörer, „Anscheinsstörer“ und „Verdachtsstörer“	251	144
3. Haftung für eigenes Verhalten und für das Verhalten anderer Personen (Zusatzverantwortlichkeit)	265	153
IV. Der Zustandsstörer	268	155
V. Die Verjährung der polizeirechtlichen Verantwortlichkeit . .	282	165
VI. Die Auswahl zwischen mehreren Störern	284	167
1. Keine nur anteilige Verantwortlichkeit der Störer	284	167
2. Ermessensleitende Gesichtspunkte bei der Auswahl zwischen mehreren Störern	285	168
VII. Rechtsnachfolge in polizeiliche Pflichten	292	172

§ 5 Der polizeiliche Notstand	310	180
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des polizeilichen Notstands	313	181
II. Der Umfang der Inanspruchnahme	320	183
§ 6 Verfassungsrechtliche Begrenzungen der Polizeibefugnisse	328	187
I. Rechtliche Bindungen durch das Übermaßverbot	331	188
1. Der Grundsatz der Geeignetheit des Mittels	333	188
2. Der Grundsatz des geringsten Eingriffs	335	189
3. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn	338	191
II. Sonstige Begrenzungen durch die Grundrechte	341	192
1. Begrenzungen durch Freiheitsgrundrechte mit Gesetzesvorbehalt	342	193
2. Begrenzungen durch nicht ausdrücklich einschränkbare Freiheitsgrundrechte	345	195
3. Begrenzungen durch sonstige Grundrechte	346	197
§ 7 Spezialgesetzliche Befugnisse der Polizei- und Ordnungsbehörden zur Gefahrenabwehr	354	200
I. Das Versammlungsrecht	360	201
1. Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen	366	205
2. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel	368	205
a) Anmeldung einer Versammlung	368	205
b) Versammlungsverbot und Auflagen	373	207
c) Auflösung einer Versammlung	374	208
d) Maßnahmen unterhalb der Schwelle eines Verbots oder einer Auflösung	376	209
3. Verhältnis von VersG und allgemeinem Polizeirecht	377	210
4. Verhältnis des VersG zu anderen Vorschriften	383	213
II. Gefahrenabwehr im Internet	385	213
1. Allgemeines	385	213
a) Die Differenzierung zwischen Medien- und Telediensten	386	214
b) Begrenzte Zuständigkeit der allgemeinen Polizei- und Ordnungsbehörden	387	214
c) Exkurs: Aus dem Ausland stammende Angebote	389	215
2. Voraussetzungen für ein polizeiliches Einschreiten	391	216
3. Verantwortlichkeit	393	217
a) Der Inhaltsanbieter als Verhaltensstörer	395	218
b) Der Diensteanbieter als Zustandsstörer	396	218
c) Der Zugangsanbieter als Nichtstörer	399	219
4. Störerauswahl und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme	400	220

§ 8 Polizeiliche Befugnisse außerhalb des Bereichs der Gefahrenabwehr	405	222
I. Die Vollzugshilfe	408	222
II. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Straftaten	412	224
1. Die Tätigkeit der Polizei im Rahmen der Strafverfolgung	412	224
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	419	228
III. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	428	233

3. Abschnitt

Formelles Polizei- und Ordnungsrecht (Organisationsrecht und das polizeiliche Handlungsinstrumentarium)

§ 9 Die Polizei- und Ordnungsbehörden	435	237
I. Die Bundespolizeibehörden	438	238
1. Das Bundeskriminalamt	440	239
2. Der Bundesgrenzschutz	442	240
3. Das Bundesamt für Verfassungsschutz	443	241
4. Sonstige Bundesbehörden mit polizeilichen Aufgaben	445	242
II. Die Polizei- und Ordnungsbehörden der Länder	446	243
1. Überblick über die Verteilung der allgemeinen Aufgaben der Gefahrenabwehr in den einzelnen Bundesländern	446	243
a) Länder mit Einheitssystem	447	243
b) Länder mit Trennungssystem	449	244
2. Die Abgrenzung der Zuständigkeit der Polizei- und Ordnungsbehörden	452	246
a) Die sachliche Zuständigkeit	453	246
b) Die instanzielle Zuständigkeit	454	247
c) Die örtliche Zuständigkeit	458	248
III. Internationale Zusammenarbeit und Europäische Integration	460	249
1. Die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (IKPO – „Interpol“)	461	250
2. Das Europäische Polizeiamt (Europol)	465	251
3. Das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)	468	252
IV. Exkurs: Private Sicherheitsdienste	472	254

§ 10 Der polizeiliche Verwaltungsakt	477	257
I. Die Abgrenzung polizeilicher Verwaltungsakte von anderen der Gefahrenabwehr dienenden Handlungen	483	259
II. Die Rechtmäßigkeit eines der Gefahrenabwehr dienenden Verwaltungsakts (Prüfungsschema)	488	261
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	489	261
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	500	267
3. Der Rechtsschutz bei Verwaltungsakten	509	271
a) Die Rechtswegproblematik	509	271
b) Der Rechtsschutz durch die Anfechtungsklage	510	271
c) Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80 ff VwGO	519	275
d) Der Rechtsschutz bei Erledigung des Verwaltungsakts	522	276
e) Der Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage	526	278
f) Der vorläufige Rechtsschutz durch eine einstweilige Anordnung	532	280
g) Der vorbeugende Rechtsschutz durch eine allgemeine Leistungsklage	533	281
h) Der Rechtsschutz durch eine allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	534	282
III. Die Zwangsmittel zur Durchsetzung polizeilicher Verwaltungsakte	538	283
1. Allgemeines	538	283
2. Die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die Anwendung der Zwangsmittel	539	283
a) Die Ersatzvornahme	553	290
b) Das Zwangsgeld	556	292
c) Die Anwendung unmittelbaren Zwangs	558	294
3. Unmittelbare Ausführung und Sofortvollzug	564	297
4. Der Rechtsschutz gegen die Vollstreckung polizeilicher Verwaltungsakte sowie die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	572	301
a) Der Rechtsschutz gegen als Verwaltungsakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	572	301
b) Der Rechtsschutz gegen als Realakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	575	302
c) Der Rechtsschutz zur generellen Verhinderung der Verwaltungsvollstreckung	576	302
d) Der Rechtsschutz gegen die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	580	303
IV. Die Bewehrung polizeilicher Verwaltungsakte	582	304

V. Erlaubnis und Dispens	583	305
1. Allgemeines	583	305
2. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit Erlaubnissen und Dispensen	586	307
§ 11 Polizei- und ordnungsbehördliche Verordnungen	605	315
I. Allgemeines	607	315
II. Die Abgrenzung polizei- und ordnungsbehördlicher Verordnungen von polizeilichen Verwaltungsakten	616	319
III. Die Rechtmäßigkeit einer polizei- und ordnungsbehördlichen Verordnung (Prüfungsschema)	619	322
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	620	322
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	624	323
IV. Rechtsschutz gegen Polizeiverordnungen und ordnungsbehördliche Verordnungen	630	325
1. Rechtsschutz durch eine oberverwaltungsgerichtliche Normenkontrolle	630	325
a) Die Zulässigkeit der Normenkontrolle	631	325
b) Die Begründetheit der Normenkontrolle	635	327
c) Vorläufiger Rechtsschutz durch eine einstweilige Anordnung	636	327
2. Inzidenter Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten	637	328
3. Inzidenter Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	638	328
4. Rechtsschutz durch eine Verfassungsbeschwerde	639	329
§ 12 Sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	650	333
I. Realakte	652	334
II. Öffentlichrechtliche Verträge	656	336
III. Informelles konsensuales Verwaltungshandeln	660	338
IV. Rechtsschutz gegen sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	663	340
1. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen Leistungsklage	663	340
2. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	667	341
3. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit öffentlichrechtlichen Verträgen	670	343
4. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit informellem konsensualem Verwaltungshandeln	671	343

4. Abschnitt

**Entschädigungs- und Ersatzansprüche
bei polizeilichem Handeln**

§ 13 Entschädigungsansprüche des Bürgers	679	347
I. Entschädigungsansprüche des Störers	679	347
II. Der Entschädigungsanspruch des Nichtstörers	684	349
§ 14 Ersatzansprüche des Polizeiträgers	697	357
I. Ersatzansprüche bei Ersatzvornahme	698	358
II. Ersatzansprüche bei unmittelbarem Zwang	702	360
III. Ersatzansprüche bei unmittelbarer Ausführung	703	361
IV. Rückgriffsansprüche	707	364
§ 15 Exkurs: Das polizeiliche Abschleppen von Kraftfahrzeugen	710	366
I. Die Rechtsgrundlage für das Abschleppen	713	367
1. Nichtbeachtung eines Verkehrszeichens	714	367
2. Verstoß gegen sonstige Rechtsvorschriften	717	369
II. Rechtliche Begrenzungen durch das Übermaßverbot	719	369
1. Begrenzungen durch den Grundsatz des geringsten Eingriffs	720	369
2. Begrenzungen durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .	721	370
III. Kostenersatzansprüche des Trägers der Polizeibehörde und ihre Durchsetzung	722	370
1. Rechtsgrundlage für Kostenersatzansprüche	722	370
2. Die Durchsetzung des Kostenersatzanspruchs	725	371
3. Polizeiliches Zurückbehaltungsrecht wegen bestehender Kostenersatzansprüche	726	371
IV. Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche gegen den Träger der Polizeibehörde bei Beschädigung des Fahrzeugs	727	372
Anhang Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder in der Fassung des Vorentwurfs zur Änderung des MEPOIG		375
<i>Stichwortverzeichnis</i>		399